

Europa ist ein Freiheitsprojekt

Die jetzige Krise ist keine Schuldenkrise. Die Schulden sind Ausdruck und Folge einer politischen Krise

Süddeutsche Zeitung, 24. Oktober 2011

Daß Europa sich in einer Krise befindet, der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, ist allerorten zu hören. Das Merkwürdige ist nur: So viele, so prominente Fürsprecher wie in diesen Tagen hatte Europa schon lange nicht mehr. Man hätte erwarten können, daß die Europaskepsis innerhalb der Bevölkerung angesichts der immensen Finanztransaktionen, dem Kurssturz an den Börsen, dem Verfall des Euros erst recht auf die Politik und die Medien übergreift. Aber selbst Politiker und Kommentatoren, die sich in europapolitischen Debatten der letzten Jahren durch Geschäftsmäßigkeit, ja, das ostentative Vorstellen nationaler Interessen hervortaten, entdecken Europa als ihr politisches Lebensthema und warnen in selten emotionalen Worten vor einem Scheitern der Europäischen Union. Fast scheint es, als habe der Weltgeist, der schon bei Hegel ein Europäer war, wieder eine seiner Listen angewandt: Die Europäische Union in eine Schuldenkrise gestürzt, damit sich gerade noch rechtzeitig der Ruf nach mehr Europa Gehör verschafft. Wirtschaftsregierung, einheitliche Finanztransaktionssteuer, der Eingriff in nationale Haushalte, Angleichung des Steuerrechts – plötzlich scheint möglich und geboten, was vor ein, zwei Jahren noch die Forderung einzelner Europa-Enthusiasten war.

Jemand wie ich, für dessen politische Sozialisation das europäische Projekt konstitutiv war, ist im Grunde ja erfreut über die plötzliche Bereitschaft, sich von nationalstaatlichen Denkmustern jedenfalls wirtschaftspolitisch zu befreien. Und doch wirken die Bekenntnisse zu Europa merkwürdig hohl: Europa ja – aber warum eigentlich? Jedenfalls gelingt es kaum, bei der Bevölkerung eine neue Begeisterung für das europäische Projekt zu wecken, neues Vertrauen, überhaupt nur Verständnis. Im Gegenteil: diametral entgegengesetzt zum Verlauf der öffentlich herrschenden Meinung wächst in Umfragen die ohnehin verbreitete Skepsis. Damit vergrößert sich auch der politische Raum, den dezidiert nationalistische Akteure besetzen können, sei es in der Politik, sei es in den Medien, aber immer mit dem Gestus des Tabubruchs, mit dem jedweder Populismus auftritt: Man wird doch wohl noch sagen oder wenigstens nur fragen dürfen: Europa ja – aber warum eigentlich?

Das Argument, die Europäische Union habe verfeindete Völker zusammengeführt und dem Kontinent einen kaum für möglich gehaltenen Frieden beschert, ist zu einer Phrase geworden,

die in keiner europapolitischen Rede fehlt. Das Argument ist ja nicht falsch, nur hat es sechszehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs seine Wirkung eingebüßt. Niemand glaubt im Ernst, daß die Länder der Europäischen Union sich wieder bekriegen würden, sollte der politische Verbund auseinander brechen. Was also bleibt, um von Europa zu überzeugen? Studiert man die Reden, die bei der letzten europapolitischen Debatte im Bundestag gehalten wurden, so bleibt als Argument für Europa vor allem der wirtschaftliche und strategische Vorteil eines gemeinsamen Marktes. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, hat es die Bundeskanzlerin auf eine einprägsame Formel gebracht.

Ist das so? Ist der Euro wirklich das Fundament, auf dem Europa steht? War da nicht mehr? Und könnte es nicht sein, daß genau diese Verlagerung, ja Reduzierung des europäischen Projekts auf die Ökonomie, die uns in der Schuldenapologetik dieser Tage täglich begegnet, nicht selbst die Ursache oder ein gewichtiger Grund für die Krise ist, für den Mangel an demokratischer Partizipation, an Überzeugungskraft, an Legitimation? Es mag sein, daß Aktien und Exporte einbrächen ohne die gemeinsame Währung. Aber glauben wir deshalb an Europa, weil uns der wirtschaftliche Nutzen überzeugt? Nein, der Euro ist nicht Ziel, Grund und Motor der zweihundertjährigen europäischen Einigung, die im Kern ein politisches, in ihrem Ursprung ein geschichtsphilosophisches Projekt ist. Auch die Gründerväter der Europäischen Union, man lese nur die frühesten Visionen eines Jean Monnet, eines Robert Schuman, auch die Gründerväter hatten mehr als nur Kohle und Stahl im Blick, nämlich nichts Geringeres als eine friedliche und gerechte Welt. Die Montanunion war das Mittel, um die verfeindeten Völker zusammenzubringen. Sie war nicht der Zweck.

Sehr verehrte Damen und Herren, vermutlich gehöre ich zum informierten, politisch einigermaßen gebildeten Teil der Bevölkerung. Ich höre beim Zähneputzen ein Informationsradio, lese beim Frühstück eine Qualitätszeitung und schlafe nachts nicht selten über der Lektüre eines politischen Buchs ein. Und dennoch habe ich nicht den geringsten Schimmer, ob all diese Finanzhilfen und Rettungsschirme und Transaktionen, die in einer für Laien schier unvorstellbaren Größenordnung durch die europäischen Parlamente gepeitscht werden, ob diese Maßnahmen richtig sind, ob sie den annoncierten Effekt erzielen, ob es realistische Alternativen gäbe. Ich vermute, daß sogar viele, wenn nicht die meisten Abgeordneten allenfalls ahnen, was genau sie gerade beschließen und mit welchen Konsequenzen.

Wenn selbst der deutsche Finanzminister zugibt, - und das erscheint mir immerhin ehrlich – lediglich auf Sicht zu fahren, wie sollen wir dann wissen, die auf den Rückbanken sitzen, ob die

Richtung stimmt. Ich kann nur sagen, daß ich einigen der handelnden Akteure ein allgemeines, auch aus der Not geborenes Vertrauen entgegenbringe, daß sie am ehesten noch in der Lage sind, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Um im Bild des Finanzministers zu bleiben: Man sollte einem Fahrer nicht ausgerechnet dann ins Lenkrad fallen, wenn er gerade durch dichten Nebel fährt. Hoffen wir also, daß der Euro gerettet wird, Griechenland sich konsolidiert und Urlaub in der Schweiz wieder bezahlbar wird. Aber ist im Ernst daran zu glauben, daß mit den jetzt eingeleiteten, rein wirtschaftspolitischen Korrekturen die zwei grundlegenden Mißverhältnisse der Europäischen Union behoben würden: Weder ging der ökonomische mit dem politischen Einigungsprozeß einher, noch die Erweiterung der Union mit ihrer Vertiefung.

27 Mitgliedsstaaten hat die Europäische Union heute, aber sie beruht auf einem derart schwachen politisch-rechtlichen Konstrukt, daß schon eine Ehe lahmgelegt würde. Wie soll dieser gewaltige Raum regiert werden, wenn vor jeder Entscheidung siebenundzwanzig Staatschefs, Kabinette, Parlamente überzeugt werden müssen? Und wie erst sollen die Bürger von Europa überzeugt werden, wenn sie den Eindruck haben, nicht gefragt, nicht demokratisch eingebunden, ja nicht einmal anständig informiert zu werden?

Die heutige Krise der Europäischen Union ist keine Schuldenkrise. Die Schulden sind Ausdruck und Folge einer politischen Krise. Wenn man die politische Gemeinschaft so nachlässig, nachrangig, teilweise geradezu verächtlich behandelt, wie es die Staatschefs und auch ein guter Teil der öffentlichen Meinung in den letzten Jahren getan haben, darf man sich nicht über ein solches Desaster wundern, wie wir es gerade erleben. Wenn die größten Mitgliedsstaaten bei allen entscheidenden Weichenstellungen der letzten Jahre nationale Interessen voranstellen, dann bricht ein transnationales Gefüge wie die Europäische Union eben irgendwann auseinander. Wenn die europäischen Spitzenpositionen bewußt mit Politikern ohne Ausstrahlung und Autorität besetzt werden, damit nur ja die nationalen Führer im Glanz stehen, ist der Mangel an Führung nur folgerichtig. Wenn grundlegende Entscheidungen über die Zukunft von fünf-hundert Millionen Menschen nicht von den zuständigen, geschweige denn demokratisch legitimierten Institutionen getroffen, sondern immer öfter in bilateralen Vorgesprächen ausgehandelt werden, darf man sich über mangelndes Vertrauen nicht wundern. Wenn Europa auf seine politische Krise nur ökonomisch reagiert, wird es sie nicht bewältigen.

Der Niedergang der Europäischen Union läßt sich relativ genau datieren. Er setzte ein mit dem Übergang von der Generation, deren politisches Bewußtsein sich mit Blick auf die Schrecken des Krieges herausbildete, zur Generation der heute Verantwortlichen, die die existentielle Notwendigkeit der europäischen Verständigung nicht mehr selbst durchlitten haben. Das betrifft

keineswegs nur die politischen Entscheidungsträger. Der Nüchternheit, ja Gleichgültigkeit, mit der Europa in den letzten Jahren von vielen Staatschefs behandelt wurde, ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Indifferenz.

Schauen wir doch nur, von wem Europa heute regiert wird, schauen wir nach Rom, schauen wir nach Prag, nach Budapest, nach Paris – sehen wir dort etwa Regierungschefs, die das europäische Projekt verkörpern, das Europa eben jener Monnets und Schumans? Oder gar das Europa eines Victor Hugos, eines Stefan Zweigs? Schauen wir nach Den Haag, nach Kopenhagen, wo sogenannte rechtspopulistische Parteien mitregieren, die nicht nur fremdenfeindlich sind, sondern auch dezidiert anti-europäisch, ohne daß sich ein Sturm der Entrüstung erhebe. Was ist von solchen Regierungen anders zu erwarten, als daß sie die europäische Einigung mutwillig sabotieren? Oder schauen wir nach Berlin, wo die jüngsten europapolitischen Bekenntnisse der Bundeskanzlerin oder des Außenministers zwar erfreulich, subjektiv womöglich auch glaubwürdig sind, aber reichlich spät kommen. Wo war die Emphase, als es darum ging, für eine europäische Verfassung zu kämpfen? Wo waren die leidenschaftlich vorgetragenen Argumente, als es zuletzt darum ging, die europäischen Spitzenpositionen zu besetzen? Die europäische Außenpolitik ist zu einer Lachnummer verkommen, obwohl europäisches Engagement etwa im Nahen Osten dringender gebraucht würde denn je. Der Flüchtlingsschutz – eine der grundlegenden Errungenschaften des europäischen Erbes – ist zu einem reinen Schutz *vor* Flüchtlingen geworden, so daß heute offen von Flüchtlingsbekämpfung gesprochen wird. Flüchtlingsbekämpfung! Allein dieses Wort verkehrt alles ins Gegenteil, wofür Europa im emphatischen Sinne steht. Und das ist nicht einmal das Schlimmste. Schlimmer noch ist, daß sich niemand über ein solches Wort aus dem Mund einer deutschen Bundeskanzlerin aufregt.

So ist eben kein Mißgriff, sondern die Konsequenz einer rein interessegeleiteten Politik, daß Europa so schamlos mit den Diktatoren Nordafrikas kooperiert hat, ach was, wie Europa vor den Diktatoren Nordafrikas zu Boden gekrochen ist, bevor es vom arabischen Frühling kalt erwischt wurde. Man mußte auch mit den Mubaraks, mit den Ben Alis, mit den Gaddafis reden, so hieß es immer, das sei eben Diplomatie. Aber war es auch noch europäische Diplomatie, sich von Hosny Mubarak zum Urlaub einladen zu lassen, Zinedinne Ben Ali Polizisten zum Niederknüppeln friedlicher Demonstranten schicken zu wollen, Muammar Gaddafi vor den Kameras der Weltöffentlichkeit die Hand zu küssen? Die europäische Außenpolitik war nie frei von kühler, berechnender, auch egoistischer Realpolitik. Aber in den letzten Jahren mußten Menschenrechte in der Welt eher gegen Europa verteidigt werden, als daß Europa für deren Verbreitung stand. Die Bastille lag 2010 jedenfalls näher am Tahrir-Platz als am Elysée. Ob das

jüngste Engagement in Libyen ein Umdenken markiert oder doch nur ein Schachzug war, um sich den Zugriff auf Bodenschätze zu sichern, werden wir sehen.

Wenn ich Europa kritisiere, dann nicht, weil ich Europa ablehne. Ich kritisiere Europa, weil ich an Europa als einen, vielleicht sogar den einen politischen Raum glaube, in dem Menschen unterschiedlicher Ethnien, Glaubensrichtungen, Sprachen, Geschlechter, sexueller Orientierungen und Überzeugungen gleichberechtigt und auf der Grundlage demokratischer säkularer Verfassungen leben können. Und noch konkreter: Ich glaube auch an das europäische Projekt der Einigung, an diese so glanzlose, behäbige, bürokratische Europäische Union mit all ihren verwaltungsrechtlichen Absurditäten, die sich so billig aufspießen lassen, an das Europa der Butterbrot Dosenverordnung, des Glühlampenverbots und des heillos überforderten Übersetzerdienstes. Die Europäische Union ist mitsamt ihren Vorläufern die größte politische Errungenschaft auf diesem Kontinent im vergangenen Jahrhundert, wenn nicht in der europäischen Geschichte. Sie hat nicht nur Völker befriedet, die sich in Haß und Kriegswut gegenüberstanden, sie hat dem Kontinent auch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ökonomischen Wohlstand beschert. Europa ist eben nicht nur ein Friedensprojekt. Es ist auch ein Projekt der Freiheit: Es war die Verankerung in Europa, die die Demokratie in Deutschland erstmals gelingen ließ; es war der Druck aus Europa, der entscheidend zum Sturz der Diktaturen im Süden des Kontinents beigetragen hat, wir vergessen das heute zu leicht, in Spanien, in Portugal, in Griechenland; es war die Aussicht, zu Europa zu gehören, die später die osteuropäischen Staaten und in jüngster Zeit die Länder des Balkans und die Türkei angestiftet hat, demokratische Reformen einzuleiten.

Um heute für Europa zu werben, genügt es nicht, den eigenen ökonomischen oder geopolitischen Nutzen anzuführen. Eine solche, rein utilitaristische Argumentation widerspricht nicht nur im Kern dem europäischen Gedanken, der ein idealistischer ist, die Idee einer gerechteren Welt. Wer die Europäische Union auf den wirtschaftlichen Vorteil reduziert, steht mit leeren Händen da, sobald die Bilanz nicht mehr stimmt. Das genau ist es, was wir in der politischen Rhetorik dieser Tage beobachten: Die hilflose Suche nach einer Rechnung, welche die Billionentransfers irgendwie plausibel erscheinen läßt. Aber was, wenn die Finanzhilfen sich ökonomisch eben nicht rechnen sollten, wenn es tatsächlich Hilfen wären und nicht Investitionen?

Um eine Antwort zu finden, ist es sinnvoll, nicht an den Anfang der Europäischen Union zurückgehen, sondern an die Anfänge des europäischen Projektes. Historisch geht das Projekt eines einigen Europas auf die Französische Revolution zurück, geistig auf die philosophische

Aufklärung. Es war in seinen wesentlichen Begründungssträngen nicht darauf ausgerichtet, Frieden zwischen verfeindeten Nationen zu schaffen, sondern wandte sich gegen den Nationalismus, der in den meisten europäischen Ländern die politisch herrschende Kraft war, gegen die Idee einer Einheit von Kultur, Sprache, Religion und Blut. So nimmt es auch nicht wunder, daß unter den Verfechtern der europäischen Idee überproportional viele jüdische Intellektuelle sowie Angehörige von ethnischen oder sprachlichen Minderheiten zu finden sind, die von dem Chauvinismus innerhalb der Nationalstaaten persönlich betroffen waren. Viele der europäischen Vordenker des 19. Jahrhunderts wurden verhaftet oder mußten aus ihrer Heimat fliehen, denken Sie nur an Ernst Moritz Arndt, Arnold Ruge, Percy Bysshe Shelley, Friedrich von Gentz, Guisepe Mazzini, Joseph von Görres, Victor Hugo, Heinrich Heine. Noch bis weit ins zwanzigste Jahrhundert waren es vor allem Literaten, Dichter, Intellektuelle, die sich für den Pan-Europäismus einsetzten, im deutschsprachigen Raum die Gebrüder und Klaus Mann, Alfred Döblin, Joseph Roth, Stefan Zweig, Hugo von Hoffmannsthal oder Hermann Hesse, um nur einige zu nennen. Auch sie wurden vertrieben oder verbannt, starben auf der Flucht oder im Vernichtungslager. Das heißt, der politische und in vielen Fällen auch biographische Impuls, ein einiges Europa zu denken, war nicht die Erfahrung des Krieges, sondern des nationalen Chauvinismus. Damit aber blieb Europa lange Zeit die Vision einer Minderheit, eine Vision von Dichtern und Denkern. Erst als die Gefahren des Nationalismus in zwei Weltkriegen evident geworden waren, konnte sich die Idee eines einigen Europas politisch durchsetzen. Die Beschwörung des Friedens war gleichsam das Geburtsgebet der europäischen Einigung. Wenn es sich aber von selbst versteht, in Frieden zu leben, wird aus dem Gebet Sonntagsredneri, und das ist es, was wir heute wahrnehmen. Kaum jemand bestreitet den Frieden, den die europäische Einigung dem Kontinent beschert hat. Eine politische Überzeugung jedoch, für die man bereit ist, sich einzusetzen, auch Opfer zu bringen, entsteht nicht allein aus der Lektüre von Geschichtsbüchern, sondern aus der eigenen Erfahrung. Sie gründet im Hier und Jetzt, und ihr Fokus liegt nicht auf der Vergangenheit, sondern auf der Zukunft: In welcher Gesellschaft will ich leben? Heute wäre an dem Friedensprojekt Europa wieder das Freiheitsprojekt zu entdecken, das es im Ursprung war.

In welcher Gesellschaft diejenigen leben wollen, die das europäische Projekt ablehnen, läßt sich relativ genau studieren. Man sieht es an den Programmen der rechtspopulistischen Parteien, man sieht es an der Politik derjenigen Staaten, in denen sie bereits an der Regierung beteiligt sind, den verschärften Ausländergesetzen, dem Streben nach Unilateralismus in der Außenpolitik, dem Widerstand gegen supranationale Institutionen und am heftigsten gegen die Straßburger Gerichtsbarkeit, der Wiedereinführung von Grenzkontrollen, der Ablehnung des Asylrechts, der

verächtlichen Rhetorik gegenüber Minderheiten, der Aufkündigung jedweder Solidarität, sei es gegenüber den Schwachen in der eigenen Gesellschaft, sei es gegenüber den Armen in der Welt, den Bruch nicht nur mit dem politischen, sondern gerade auch mit dem sozialen Vermächtnis der europäischen Gründerväter. Was wir heute Rechtspopulismus nennen, entspricht in seinen wesentlichen Zügen eben jenem nationalen Chauvinismus, gegen den sich der europäische Gedanke im 19. und frühen 20. Jahrhundert herausbildete.

Richtig, auch der Nationalismus des 19. Jahrhunderts führte das Wort Freiheit im Mund, so wie heute der Rechtspopulismus und seine meist neoliberalen Wegbereiter in den Medien sich auf die Freiheit berufen, wenn sie gegen die europäischen Institutionen wie gegen eine Kolonialherrschaft wettern. Doch fehlt dem ethnisch-nationalen wie dem individualistischen Freiheitsbegriff ein wesentliches Moment der Aufklärung: das Moment der Solidarität, wie wir es heute am ehesten nennen würde, der Brüderlichkeit, wie es 1789 genannt wurde, oder der Nächstenliebe in der hebräischen Tradition. Dieses Moment bildet die eigentliche Differenz zum antiken Begriff der Freiheit. Die Freiheit in der Polis bezieht sich ausschließlich auf die Polis selbst, auf die eigenen Bürger, und die Ausbeutung von anderen, den Sklaven, ist für diese Freiheit sogar konstitutiv, insofern sie den Bürgern von der Sorge um das tägliche Leben befreit. Erst die Muße ermöglicht bei Aristoteles die Freiheit zum Politischen. Damit ist der antike Gleichheitsbegriff in seinem Wesen gerade nicht universal, kann es nicht sein. Die entscheidende Neuerung, die der Freiheitsbegriff durch die biblische Tradition nach und nach erfahren hat, liegt eben in seiner Universalität.

Wenn das heutige Europa sich in irgendeiner Weise auf ein jüdisch-christliche Erbe berufen darf, muß es nicht den Antisemitismus herunterspielen oder muslimische Akteure seiner Geschichte ausblenden, wie es die Bewahrer des Abendlandes gern tun. Das religiöse Moment, das in die Aufklärung eingegangen ist, damit auch in das europäische Projekt, liegt in der Erweiterung des politischen Raums, der polis, auf *alle* Menschen, gleich welcher Rasse, Religion und Herkunft: *Alle* Menschen werden Brüder. Hingegen der Freiheitsbegriff des Nationalismus, den das europäische Projekt zu überwinden oder jedenfalls zu entschärfen suchte, ist notwendig auf das je eigene Kollektiv beschränkt. Die Rechte der anderen, ob Einwanderer oder Griechen, ob die Armen und Unterdrückten der Welt, sind bestenfalls gleichgültig. Eine Weltinnenpolitik, um an den schönen Begriff der siebziger Jahre zu erinnern, der auch nur Kants Idee vom ewigen Frieden fortführt, eine Weltinnenpolitik kann es für den Nationalismus per definitionem nicht geben.

Gegenwärtig scheint der Rechtspopulismus an Boden zu verlieren, teils weil er sich in der politischen Verantwortung abnutzt, teils weil das Massaker von Oslo das schon vergessene Gewaltpotential offengelegt hat, das in der Ideologisierung der je eigenen Herkunft liegt. Aber sollte die Europäische Union tatsächlich auseinanderbrechen oder auch nur ihren Niedergang fortsetzen, also zu einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft herabsinken, wird mit dem Nationalismus auch dessen dunkle Seite wiederkehren: Es gibt ein eigenes Kollektiv nur, wo es sich von anderen Kollektiven unterscheidet. Nicht nur könnten innerhalb oder an den Grenzen Europas zwischenstaatliche Konflikte ausbrechen, die wir längst für überwunden geglaubt haben. Noch bedrohter wäre die Pluralität, die seit dem Zweiten Weltkrieg innerhalb der einzelnen Nationen entstanden ist. Um Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ging es jenen, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert ein einiges Europa entwarfen und jenen, die es auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges erschufen. Um Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit muß es uns gehen, wenn wir das einige Europa bewahren, wenn wir es wiedergewinnen und erweitern wollen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Schriftsteller und Orientalist Navid Kermani lebt in Köln. In diesem Herbst ist von ihm der Roman „Dein Name“ erschienen (Carl Hanser Verlag). Die hier abgedruckte Rede hat er gestern im Deutschen Theater Berlin im Rahmen der „Reden über Europa“ gehalten, die von der Allianz Kulturstiftung veranstaltet werden.